

Protokollvermerke zur Verkehrsausschuss-Sitzung am 01.03.2010

Die Mitglieder des Verkehrsausschusses wurden ordnungsgemäß geladen. Für Frau Stadträtin Lau erschien in Vertretung Herr Stadtrat Richter. Entschuldigt waren Herr Stadtrat Tiefel und Herr Stadtrat Ultsch (jeweils ohne Vertreter).

Der Verkehrsausschuss war beschlussfähig.

Als Vertreter der Fachbehörden und Sachkundige waren anwesend:

TfA: Herr Pösl
SpA: Herr Dr. Bohlinger
SVA: Herr VA Kaiser
Polizei: Herr PHK Ahr
Taxigenossenschaft: Herr Grimm
Behindertenrat: Herr Wüstner

Der Vorsitzende eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung.

Die Tagesordnung wurde um folgende Punkte erweitert:

TOP 11: Geschwindigkeitsmessstellen im Stadtgebiet Fürth - Antrag Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)
TOP 12: Div. Anträge - Antrag Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)
TOP 13: Steinfeldweg - Bushaltestelle - Antrag CSU (Tischvorlage)
TOP 14: Benditstraße - Freigabe der Einbahnregelung für Radfahrer - Antrag der SPD (mündlicher Bericht der Verwaltung)
TOP 15: Mannhof - Parksituation im Zusammenhang mit der Kulturscheune - Antrag der SPD (mündlicher Bericht der Verwaltung)

Zu Top 1:

Gegen die zu Beginn der Sitzung aufgelegten Protokollnotizen der Sitzung vom 19.10.2009 werden keine Einwendungen erhoben.

Zu Top 2:

Berufsm.Stadtrat Maier erläutert die fachliche Einschätzung der Verwaltung. Frau StRin Krämer weist auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Schulwegsicherheit. Bei der Gesamteinschätzung des Umfeldes Flößbastraße/Sonnenstraße sei auch der Kindergarten zu berücksichtigen. Im Namen des Elternbeirates der Grundschule Frauenstraße werden von Frau Krämer über 1.000 Unterschriften übergeben. Die Unterzeichnenden wünschen eine Vollsignalisierung des Knotens Flößbastraße/Sonnenstraße sowie eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h in der Flößbastraße.

Frau Arnold äußert sich grundsätzlich positiv gegenüber dem Bericht der Verwaltung und schlägt vor, die gewünschte Kreuzungssignalisierung auf die Prioritätenliste LSA zu setzen. Eine Abstimmung würde dann im Herbst bei den Haushaltsberatungen erfolgen. Bis dahin seien Erfahrungen mit der Sperrung vor Schulbeginn vorhanden. Herr Schlicht stimmt dem Bericht der Verwaltung zu und verweist im Zusammenhang mit der Sperrung der Sonnenstraße vor Schulbeginn auf die guten Erfahrungen im Bereich GS Friedrich-Ebert-Schule.

Herr Riedel wünscht eine erneute Überprüfung, ob nicht doch Tempo 30 km/h in der Flößbastraße möglich sein. Er weist darauf hin, dass er sich nicht vorstellen könnte, bei Kosten in Höhe von 75.000 Euro innerhalb von 100 m eine weitere Signalisierung im Schulbereich finanzieren zu können. Schließlich seien Mittel für einen gesamten Schulzweig in Höhe von 91.000 Euro gekürzt worden. Herr Kaiser erläutert, dass die Voraussetzungen für ein Abweichen der gesetzlichen Höchstgeschwindigkeit nicht gegeben sind. Herr Maier erinnert in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen diesbezüglich in den Ortsteilen Burgfarnbach und Dambach (Fuchsstraße). Herr Ahr berichtet, dass die Unfallsituation die Installierung einer Kreuzungssiganlisierung nicht erforderlich macht.

Herr Bürgermeister Braun fasst die Wortmeldungen kurz zusammen und unterbreitet dem Gremium folgenden Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die Sperrung der Sonnenstraße vor Schulbeginn wird befürwortet.
3. Die Kreuzungssignalisierung wird in die Prioritätenliste mit aufgenommen.
4. Ein Erfahrungsbericht erfolgt zu den Haushaltsberatungen.
5. Die Verwaltung prüft, ob im Bereich des Übergangs Flößbastraße (Fahrbahnleiter) die Anbringung einer Kette erforderlich/möglich ist.

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 3:

Herr Maier erläutert kurz die Vorlage der Verwaltung. Herr Stadtrat Riedel schlägt vor, die Betriebe über den Probezeitraum zu informieren, damit diese auf ihre Lieferanten einwirken können, die Hintere Straße langsam zu befahren. Eine Querungshilfe in Höhe Oberfarnbacher Straße sollte am Ende des Probezeitraums geprüft werden. Herr Kaiser weist darauf hin, dass beim Einbau einer Querungshilfe Kosten für die Gehwegabsenkung einzuplanen sind und dass im Abschnitt zwischen Moosweg und Oberfarnbacher Straße derzeit keine überhöhten Geschwindigkeiten festgestellt werden können. Nach Installierung der Haltverbote könnte sich das ändern. Der Wunsch nach Geschwindigkeitsmessungen kann an den neuen Zweckverband Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung herangetragen werden. Herr Bürgermeister Braun fasst die Beiträge kurz zusammen und empfiehlt dem Gremium, den Beschlussvorschlag der Verwaltung anzunehmen mit dem Hinweis an die Verwaltung, dass diese den Probezeitraum in eigener Verantwortung auch auf 6 Monate ausdehnen kann. Der Verkehrsausschuss stimmt der Vorlage daraufhin einstimmig zu.

29	Zu TOP 4: Herr Maier stellt die Beschlussvorlage der Verwaltung nochmals vor. Herr Moreth verweist auf die Mehrzahl der Geschäftsleute, die gegen eine Änderung des Status Quo wären. Er schließt sich deshalb der Meinung der Verwaltung an. Herr Riedel spricht sich gegen eine Einbahnregelung aus, befürwortet aber den verkehrsberuhigten Bereich. Es entsteht eine kurze Diskussion über den Ausbauzustand der Gustavstraße. Herr Maier erinnert an den alten Ausbauzustand der Fußgängerzone Schwabacher Straße. Auch dort entstanden Unklarheiten über Fahrbahn- bzw. Gehwegflächen. Herr Schlicht war der Meinung, dass alles so bleiben solle, wie es ist. Der Vorsitzende stellte daraufhin den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung. Gegen 1 Stimme wurde der Vorschlag der Verwaltung angenommen.
30	TOP 5: Herr Riedel sieht entgegen dem Bericht der Verwaltung eine Ungleichbehandlung der Gaststätten der Südseite der Gustavstraße, welche keine Möglichkeit haben, eine Außenbestuhlung aufzustellen. Gaststätten wie der "Grüne Baum" seien bevorzugt, da diese den breiten Gehweg nutzen könnten. Herr Riedel fordert für die Gaststätten der Südseite die Möglichkeit in den Sommermonaten in den Parkbuchten Außenbestuhlungen aufstellen zu können. Herr Moreth erläutert, dass zum Zeitpunkt des Straßenausbaus der Gustavstraße auf der Südseite keine Gaststätten ansässig waren. Herr Maier bringt die Stellungnahme des Arbeitskreises Altstadt in Erinnerung, welche gegenüber Außenbestuhlung eine ablehnende Haltung aufweist. Herr Braun befürchtet Nachfolgeanträge weiterer Gaststätten. Gegen 1 Stimme wird schließlich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt.
31	TOP 6: Herr Pösl erläutert, dass es sich bei der im Bericht genannten Summe von 335.000 Euro um eine vage Schätzung handelt. Die Zahlen basieren lediglich auf einer Hochrechnung. Da im Jahr 2010 bereits 2 Monate vergangen sind, kann diese Zahl jedenfalls nicht haushaltswirksam werden. Frau Dr. Heilmaier erklärt, dass die meisten Geschäfte höchstens nur bis 19.00 Uhr geöffnet haben. Eine Verlängerung des gebührenpflichtigen Zeitraums trifft somit nicht wie von der Verwaltung gewünscht die Kunden, sondern Besucher bzw. Bewohner. Frau Zill kann die Argumentation der Verwaltung, dass samstags die Gebührenpflicht um 14.00 Uhr enden soll, weil nur bis zu diesem Zeitpunkt eine Überwachung stattfinden kann, nicht nachvollziehen. Herr Schlicht fragt nach, ob es im Stadtgebiet Automaten gibt, die länger als 20.00 Uhr in Betrieb seien. Herr Kaiser erklärt dem Gremium, dass Automaten im Bereich von Wohnergebieten, teilweise 24 Stunden in Betrieb sind und somit für "Fremdparker" Gebührenpflicht besteht. Herr Riedel wünscht eine getrennte Abstimmung bezüglich der Ausdehnung der Gebührenpflicht samstags bis 16.00 Uhr. Herr Bürgermeister Braun stellt daraufhin beide Varianten zur Abstimmung:
31a	1. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird - mit Änderung der gebührenpflichtigen Zeit auf Samstag bis 16.00 Uhr - angenommen. Dieser Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich gegen 2 Stimmen abgelehnt. 2. Im Übrigen wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung angenommen. Dieser Beschluss wurde ohne Gegenstimme beschlossen.
	TOP 7: Die Anfragen von Frau Stadträtin Lau werden direkt beantwortet. Herrn Richter wurden von Herrn Pösl die Fragen 1.1-1.4 nochmals erläutert.
32	TOP 8: Herr Moreth befürwortet die Öffnung des Steinfeldweges, ergänzt jedoch, dass die Linksabbiegebeziehung aus stadteinwärtiger Richtung zur Poppenreuther Straße zum Schutz der Geschäfte erhalten bleiben soll. Herr Riedel fragt nach, ob die Sperrung auch für Radfahrer gelten soll bzw. welche Querungsmöglichkeiten der Hans-Vogel-Straße für Fußgänger bestehen. Herr Dr. Schmidt erkundigt sich, ob sich die Verwaltung hinreichend Gedanken gemacht hat, wie künftig die Vorfahrtsregelung im Bereich Steinfeldweg/Poppenreuther Straße gedacht sei, da der stadteinwärtige Verkehr den stadtauswärtigen Verkehr an dieser Stelle kreuzen wird. Herr Kaiser weist darauf hin, dass in einer Tempo 30-Zone grundsätzlich die gesetzliche Vorfahrtsregel Rechts-vor-Links gilt. Zur Unterstützung der Verkehrsberuhigung ist nicht daran gedacht, an dieser Stelle eine Ausnahme zu machen. Die Nachfragen von Herrn Stadtrat Riedel wurden ebenfalls beantwortet. Radfahrer können Poppenreuth aus stadtauswärtiger Richtung über den Steinfeldweg oder den Strudelweg erreichen. Das Rechtsabbiegen von der Hans-Vogel-Straße aus Richtung Hans-Böckler-Straße kommend in die Poppenreuther Straße ist weiterhin möglich. Es wurde auch nochmals darauf hingewiesen, dass der Wegfall der Signalgruppe (Linksabbieger) an der Ampelanlage Vorteile hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des gesamten Knotens bringt. Herr Ahr appelliert eindringlich an das Gremium, dass die Sperrung zur Schulwegsicherheit erforderlich ist. Gegen 1 Stimme stimmt der Verkehrsausschuss dem Probetrieb wie von der Verwaltung vorgeschlagen für vorerst 3-6 Monate zu.
33	TOP 9: Nach Diskussion über den Standort, Kosten und Arten möglicher Querungshilfen wird in Änderung des Beschlussvorschlages der Verwaltung einstimmig beschlossen: Zusammen mit der Stiftung Sozialwerk Sack, dem Tiefbauamt und Straßenverkehrsamt werden vor Ort Möglichkeiten eruiert, die eine Verbesserung der Situation für Fußgänger, insbesondere Kinder, zur Folge haben. TOP 10: Herr Maier beantwortet die Anfragen der CSU mit dem Hinweis, dass die Ergebnisse der Prüfungen unmittelbar mitgeteilt werden. TOP 11: Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

TOP 12:

Herr Maier erläutert kurz, wofür der Verkehrsausschuss zuständig sei. Herr Riedel möchte dieser Argumentation so nicht folgen und teilt mit, im Ältestenrat eine Diskussion über die Zuständigkeiten der Ausschüsse anzustoßen. Vom Bericht des Gremiums wird Kenntnis genommen.

TOP 13:

Auch bei dieser Fragestellung ist der Verkehrsausschuss unzuständig. Dr. Bohlinger kann jedoch die im Antrag aufgeworfenen Fragen beantworten. Ergänzend berichtet Herr Stadtrat Moreth von der Begehung des Baubeirates und des Ergebnisses.

TOP 14:

Da der Antrag zu spät einging, konnte keine Tischvorlage mehr gefertigt werden. Herr Maier berichtet daher mündlich, dass der Antrag von der Verwaltung im Rahmen der Einrichtung des Bewohnerparkens in der Südstadt mit überprüft werde. Die Antwort ergeht dann direkt an die SPD Stadtratsfraktion.

TOP 15:

Herr Stadtrat Wagler erkundigt sich in seiner Anfrage, ob der Verwaltung Erkenntnisse über Parkprobleme im Ortsteil Mannhof im Bereich der Kulturscheune vorliegen. Herr Kaiser berichtet, dass es sich um Nachbarschaftsstreitigkeiten handelt. Nicht alle Besucher der Kulturscheune nutzen den Parkplatz des Betreibers. Gegen zugeparkte Einfahrten könnten die Betroffenen Z. 299 der StVO (Zick-Zack-Markierung) gegen Übernahme der entstehenden Kosten beantragen. Entsprechende Anträge gingen bisher nicht ein. Die Verwaltung wird die Situation nochmal in Augenschein nehmen und Herrn Stadtrat Wagler unmittelbar berichten.

Der Vorsitzende schließt um 16.35 Uhr die Sitzung.

Fürth, 01.03.2010

Stadt Fürth

In Vertretung



Markus Braun
Bürgermeister

